Integration in Bad Kreuznach

Projekt „Aktiv für Flüchtlinge 2.0“ droht das Aus

- *Josef Nürnberg*

13.11.2026, 13:00 Uhr



iGerlinde Huppert-Pilarski stellte das Integrationsprojekt „Aktiv für Flüchtlinge 2.0“ zu Beginn der Versammlung vor. Die Finanzierung ist künftig allerdings ungewiss.

Josef Nürnberg

Engagierte in der Flüchtlingsarbeit warnen vor dem Ende eines bewährten Projekts in Bad Kreuznach, weil EU-Mittel zur Finanzierung auslaufen. In einem gemeinsamen Treffen appellierten sie unter anderem an die Politik.

Sie schlagen Alarm, die Menschen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren. Denn mit Auslaufen der Mittel aus dem Migrations- und Integrationsfonds der Europäischen Union sieht es derzeit danach aus, dass nicht einmal eine volle Stelle im Rahmen des Projektes „Aktiv für Flüchtlinge 2.0“ finanziert werden kann. Obwohl der Kreis, die Stadt Bad Kreuznach, der Kirchenkreis und die rheinische Landeskirche das Projekt finanziell unterstützen. Für die Arbeit standen bisher drei Sozialarbeiter für zwei Vollzeitstellen, die Leitungsstelle mit 50 Prozent, eine volle Stelle im Bundesfreiwilligendienst und mehrere Minijobber zur Verfügung.

Es mangelt an der Unterstützung aus der Politik

Die Tatsache, dass ein erfolgreiches Projekt wohl gefährdet ist, aber auch „die verschärfte Asylpolitik und die allgemeine mangelnde Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements in der Geflüchtetenarbeit auch vonseiten der politischen

Entscheidungsträger“ mündete nun in ein Treffen unter anderem mit den Kernakteuren der Flüchtlingsarbeit im Bonhoeffer-Haus.

Die Veranstaltung, die Susanne Syren moderierte, unterstrich, dass zwar alle davon sprechen, dass geflüchtete Menschen sich in die Gesellschaft integrieren sollen, es aber häufig an der nötigen Unterstützung – auch aus der Politik – mangelt. Das Angebot der Kümmerer ist vielseitig: Es reicht von der Hilfe beim Erlernen der deutschen Sprache, der Begleitung geflüchteter Menschen bei Behördengängen, der Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen bis hin zur Wohnungs- und Arbeitssuche.

Auch Arbeitgeber und Politiker beim Treffen dabei

Ein Kritikpunkt war, wie offenbar manche Mitarbeiter einzelner Behörden mit Flüchtlingen umgingen. Laut Aussage einzelner Teilnehmer scheinen Behördenvertreter durch die Lautstärke ihrer Stimme Geflüchtete verunsichern zu wollen. An die Teilnehmer des Treffens, darunter auch Arbeitgeber und Politiker, richtete Uwe Schu von der Ökumenischen Flüchtlingsinitiative Kirn den Appell, ihre Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern zu nutzen, damit diese sich für die Interessen von Flüchtlingen einsetzen.